

# Acht Jahre Modernisierung

**GESELLSCHAFTSRECHT** „Das Gesetz soll flexibler und offener werden“



Patrick Birden und Sophie Kerschen von der BCC, der LSAP-Abgeordnete Franz Fayot (v.l.n.r.)

## Jean-Philippe Schmit

Ungeduldig wartet die Finanzbranche auf ein neues Gesetz. Dies lässt aber schon seit acht Jahren auf sich warten. Rund 50 Interessierte waren gestern, auf Einladung der British Chamber of Commerce Luxembourg (BCC), zusammengekommen, um sich über den Stand zu informieren.

Bei dem Gesetzesprojekt handelt es sich um eine Modernisierung des Gesellschaftsrechts. Jenes Recht, das Unternehmensformen wie z.B. S.à r.l. oder S.A. regelt. „Wir wollen nicht die Punkte des Gesetzes reformieren, die

funktionieren“, so der Berichterstatter des Gesetzes, Franz Fayot. Auch die Charaktermerkmale der einzelnen Unternehmensformen sollten nicht verwässert werden. „Das Gesetz soll flexibler und offener werden“, so Fayot. In diesen Punkten scheint es eine breite Übereinstimmung gegeben zu haben. In den Details jedoch nicht. Die Arbeit im Ausschuss dauerte nicht weniger als fünf Jahre und verschliss drei Berichterstatter.

Im Folgenden ging Franz Fayot genauer auf die einzelnen Punkte ein.

Eine Neuerung ist die Einführung von sogenannten „tracking shares“. Diese Aktien beziehen sich nur auf einen bestimmten

Geschäftsbereich eines Unternehmens und erleichtern dessen Kapitalbeschaffung. Zusätzlich soll das Prinzip anerkannt werden, dass Aktien eines Unternehmens unterschiedliche Werte haben.

Für engagierte Arbeitnehmer könnte folgende Neuerung interessant sein: Unternehmen soll die Möglichkeit geschaffen werden, ihren Angestellten kostenlose Aktien zu überlassen. So können diese sich mit ihrem Unternehmen stärker identifizieren und arbeiten motivierter.

Die Vorschriften zu Interessenkonflikten innerhalb von Unternehmen sollen reformiert werden und auf alle Stufen des Managements ausgeweitet werden.

Des Weiteren sollen die Bestimmungen zu Einberufung der Hauptversammlung geändert werden.

Aus dem Publikum wurde der Wunsch an den Berichterstatter gerichtet, dass dem Gesetz ein zusätzlicher Abschnitt hinzugefügt werden müsse. Der Zwang, offizielle Texte aus dem Englischen in das Französische übersetzen, solle wegfallen. „Diese Bestimmung wird nicht geändert werden“, lautete die Antwort des Redners.

Zurzeit liegt das Gesetzesprojekt dem Staatsrat zur Begutachtung vor. Franz Fayot hofft, dass das Gesetz gegen Ende des Jahres den Gang durch die Instanzen abgeschlossen hat.

# Ölmillionären ist zum Heulen zumute

**FRACKING** Pleitewelle bei Ölförderern

## Kelly Gilblom

Auf dem Höhepunkt des US-Energiebooms erhielt der texanische Landbesitzer John Baen monatlich etwa 100.000 Dollar an Zahlungen von Unternehmen, die auf seinem Land Öl und Erdgas fördern.

Mittlerweile sind die Beträge deutlich kleiner geworden und er hat bei jedem Öffnen des Briefkastens Angst, eine weitere Konkursklärung zu bekommen. Bislang sind vier der Unternehmen, die ihm regelmäßig Schecks zuschickten, unter ihren Schuldenbergen zusammengebrochen. Nachdem der Ölpreis auf rund 44 Dollar je Barrel eingebrochen ist, mussten sie Gläubigerschutz beantragen.

„Mir ist zum Heulen zumute, weil ich weiß, dass zehn weitere Konkursklärungen bei mir eintreffen werden“, sagt der 67-jährige Baen, der mehr als 40 Quadratkilometer Land besitzt und die Abbaurechte weiterer Grundstücke.

Die Erholung der Ölpreise auf etwa 60 Dollar je Barrel kam den etwas stärkeren Konzernen zugute,

die in der Lage waren, durch Sparmaßnahmen etwas effizienter zu arbeiten.

Für viele kleinere Unternehmen, die über weniger Barmittel verfügen, reichen die aktuellen Preise allerdings immer noch nicht aus, um über die Runden zu kommen. Immerhin lag der Ölpreis vor einem Jahr noch über der Marke von 100 Dollar.

Am gestrigen Freitagmittag kostete ein Barrel der US-Sorte West Texas Intermediate 60,38 Dollar.

## Pleiten senden Schockwellen

In den vergangenen Monaten hat mindestens ein Dutzend Unternehmen Insolvenz beantragt und mindestens ein weiteres Dutzend konnte Anleihen nicht bedienen oder hat Investoren vor Herausforderungen in der Zukunft gewarnt, wie aus Bloomberg-Daten hervorgeht.

Das sendet Schockwellen durch die gesamte Welt der privaten Besitzer von Land oder Abbaurechten, die durch die Explosion von Fracking in den USA zu

Geld gekommen waren. Sie verdienen daran, dass sie ihre Öl- und Gasrechte praktisch an die Produzenten vermieten und im Gegenzug einen Anteil am Umsatz erhalten. Wenn es der Branche gut geht, profitieren auch die Landbesitzer, wenn nicht, müssen sie mitleiden.

Die monatlichen Zahlungen an die Besitzer der Abbaurechte können regelrecht einbrechen, wenn das Förderunternehmen in einem Insolvenzverfahren steckt. Manchmal sacken die Beträge stärker ab als mit dem Verfall des Ölpreises erklärt werden kann. Im schlimmsten Fall steht der Landbesitzer schließlich alleine da mit zurückgelassenem Abfall, Ölverschmutzungen und anderen Gefährdungen, sagen Branchenexperten.

„Auch wenn ein Landbesitzer nicht so glücklich mit einem Förderer ist, würde er ihm doch nie einen Bankrott wünschen“, sagt Jenna Keller, Rechtsanwältin für die Öl- und Gasbranche in Colorado. „Denn dann steht er da mit der Sauerei.“

John Castellano, Managing Director bei AlixPartners, geht davon aus, dass noch viele weitere

Unternehmen im nächsten Jahr bankrott gehen werden, die monatliche Zahlungen an Zehntausende Land- und Abbaurechte-Besitzer veranlassen. „Wir sehen hochverschuldete Unternehmen mit hohem Kostenniveau, kaum Möglichkeiten, Barmittel zu generieren und wenig Zugang zu Liquidität“, sagt Castellano. „Ich glaube nicht, dass wir das Schlimmste schon hinter uns haben.“

## Anwalt befasst sich mit ausstehenden Geldern

Rancher Baen, der auch Professor an der University of North Texas in Denton ist, kann die jüngste Entwicklung kaum fassen. Sein letzter Scheck von einem der Ölförderer auf seinem Land belief sich auf 51,88 Dollar.

„Ich war einfach entgeistert, als ich den Scheck sah und den Betrag, auf den er sich belief“, sagt er.

Baen hat jetzt einen Anwalt angeheuert, der sich um die ihm potenziell zustehenden Gelder kümmern soll. (Bloomberg)

## Kurz und knapp

### Konsum

#### US-VERBRAUCHERPREISE

Die Verbraucherpreise in den USA sind im April so kräftig gefallen wie seit fünfeneinhalb Jahren nicht mehr. Sie sanken wegen des Ölpreis-Verfalls insgesamt um 0,2 Prozent zum Vorjahresmonat, wie das US-Arbeitsministerium gestern Freitag mitteilte. Ökonomen hatten erwartet, dass sie wie schon im Vormonat um 0,1 Prozent zurückgehen.

### Griechenland

#### RETTUNGSFONDS

Griechenland kürzt die Gehälter für die Führungskräfte seines Bankenrettungsfonds drastisch. Sie werden um 40 Prozent gesenkt, kündigte das Finanzministerium am gestrigen Freitag in Athen an. Dadurch spare der klamme Staat mehr als 300.000 Euro jährlich. Die Höhe der Gehälter sei „eine Provokation für die griechische Gesellschaft, da die Einkommen im privaten wie im öffentlichen Sektor geschrumpft sind“, hieß es zur Begründung.

### Manager

#### VOLKSWAGEN

Mitten im Umbau des Lastwagen- und Maschinenbauers MAN wechselt der langjährige Betriebsratschef die Seiten und heuert beim Mutterkonzern VW als Manager an. In einem persönlichen Brief an seine Kollegen der Lkw-Sparte MAN Truck & Bus, der Reuters gestern Freitag vorlag, schrieb Jürgen Dorn: „Ich werde zum 1. Juni eine Management-Funktion im Personalwesen von Volkswagen antreten.“ Ein VW-Sprecher sagte, Dorn werde Abteilungsleiter bei der AG.

### Dämpfer für Uber

#### FRANKREICH

Der umstrittene Fahrdienst Uber hat in Frankreich einen Rückschlag vor Gericht einstecken müssen. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am gestrigen Freitag Beschränkungen für Taxi-Dienste ohne Lizenz und ebnete damit den Weg für ein Urteil im Fall Uber. Demnach müssen Taxen ohne Konzession zu ihren Standorten zurückfahren, nachdem sie ihren Kunden abgesetzt haben, und an den gesonderten Parkstellen auf neue Einsätze warten. Es ist ihnen nicht erlaubt, auf der Suche nach neuen Kunden umher zu fahren.

### Reformschub

#### EZB/MARIO DRAGHI

EZB-Präsident Draghi hat eindringlich an die Euro-Länder appelliert, die einsetzende Konjunkturerholung nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Derzeit gebe es fast „perfekte Bedingungen“, um Strukturereformen zu forcieren, sagte Draghi gestern Freitag auf einer Konferenz im portugiesischen Sintra.